

Ein großer Unterschied mit kleinen Folgen? Einwanderungskeptische Einstellungen von Frauen und Männern im Zeitverlauf

Claudia Diehl, Michael Blohm und Daniel Degen

Zusammenfassung

Seit dem Höhepunkt der Flüchtlingsmigration im Jahr 2015 hat die gesellschaftliche Debatte über Zuwanderung an Schärfe gewonnen. Insbesondere nach der „Silvesternacht“ in Köln 2015/2016 stand dabei die Frage im Vordergrund, ob die in Deutschland lebenden Muslime eine Bedrohung westlicher Normen der Gleichberechtigung der Geschlechter darstellen. Ausgehend von dieser Beobachtung und dem theoretischen Konzept des „cultural threat“ untersuchen wir, ob sich Einstellungen gegenüber Muslimen geschlechterspezifisch gewandelt haben. Auf Grundlage des ALLBUS (1996, 2006 und 2016) betrachten wir die Einstellungen zu verschiedenen Migrantengruppen im Zeitverlauf und analysieren, ob sich diese für Frauen und Männer unterschiedlich verändert haben. Unsere Ergebnisse zeigen, dass solche Einstellungen im Zeitverlauf relativ stabil geblieben sind und sich weiterhin keine bedeutsamen Unterschiede zwischen den Geschlechtern identifizieren lassen. Insgesamt sind Asylbewerber allerdings deutlich unbeliebter als andere Herkunftsgruppen, während soziale Distanzen auch gegenüber Türkeistämmigen abgenommen haben.

C. Diehl (✉) · D. Degen

Universität Konstanz, FB Geschichte/Soziologie, Konstanz, Deutschland

E-Mail: claudia.diehl@uni-konstanz.de

D. Degen

E-Mail: daniel.degen@uni-konstanz.de

M. Blohm

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Mannheim, Deutschland

E-Mail: michael.blohm@gesis.org

Schlüsselwörter

Kulturelle Bedrohung · ALLBUS · Fremdenfeindlichkeit · Gender

1 Einleitung: Der Diskurs um die kulturellen Folgen der Zuwanderung von Muslimen

Muslime machen etwa 5 % der in Europa lebenden Bevölkerung aus (Pew Research Center 2017). Sie sind als Gastarbeiter, als Bewohner ehemaliger Kolonien oder als Geflüchtete zugewandert. Der religiöse Hintergrund dieser Gruppe war in der öffentlichen Diskussion um ihre Integration stets präsent (vgl. etwa Heitmeyer et al. 1997). Obwohl sich dies kaum geändert hat, spielte das Thema Migration und Integration in der ersten Dekade dieses Jahrhunderts eine untergeordnete Rolle im politischen Diskurs; dies spiegelt sich auch in entsprechenden Bevölkerungsbefragungen wider (siehe Abb. 1). Deutlich geändert hat sich dieser Zustand mit der Ankunft zahlreicher Geflüchteter aus dem Nahen Osten und Afrika im Herbst 2015. Ein großer Teil der nach Europa Geflüchteten ist nach Deutschland gewandert, das 2015 das wichtigste Zielland für Asylsuchende war (UNHCR 2017). Die öffentliche Stimmung war zunächst – und ist teilweise immer noch – durchaus positiv, vor allem gegenüber Geflüchteten aus den syrischen Kriegsgebieten. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich daran, die Neuankömmlinge bei ihren ersten Jahren in Deutschland zu unterstützen.

Dessen ungeachtet sind die kritischen Stimmen lauter geworden, die die „Massenzuwanderung“ für eine ernsthafte Bedrohung Deutschlands halten. Die rechtspopulistische „Alternative für Deutschland“ (AfD) zog 2017 erstmals in den Bundestag ein und stellt dort derzeit die drittstärkste Fraktion (für eine Vertretung der Partei, vgl. Arzheimer 2015; Lewandowsky et al. 2016). Empirische Evidenzen deuten darauf hin, dass es zwar tendenziell die geringer Gebildeten und ökonomisch Benachteiligten sind, die die AfD wählen (Tutić und Von Hermanni 2018), offenbar stellen aber vor allem einwanderungskritische Einstellungen einen wichtigen Grund für die Wahl dieser Partei dar (Hambauer und Mays 2018; Lengfeld 2017).

Vor dem Hintergrund, dass Deutschland in den letzten Jahren eine anhaltende Prosperitätsphase erlebte, mögen diese Entwicklungen zunächst verwundern. Und tatsächlich stand der wachsende Druck, den Zugewanderte auf den Arbeitsmarkt ausüben könnten, nicht im Zentrum der Debatte. Diese drehte sich vielmehr vor allem um die kulturelle Kompatibilität der Werthaltungen und religiösen

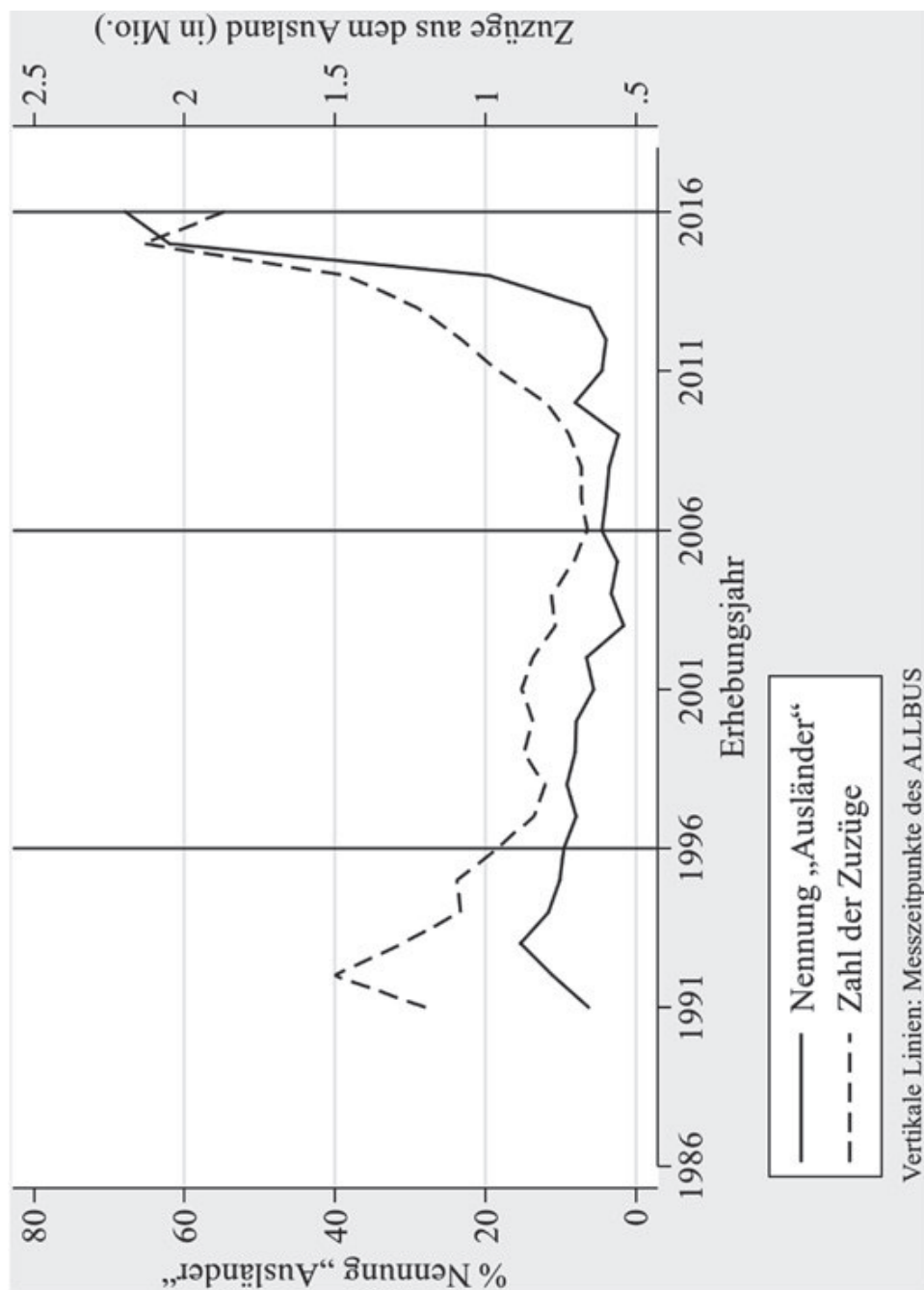


Abb. 1 Salienz des Themas Zuwanderung und Zuzüge aus dem Ausland von 1991 bis 2016. (Quellen: Salienz: Politbarometer (Forschungsgruppe Wahlen 2017): „Ausländer“ genannt auf die Frage „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland“ (offene Frage, erste drei Nennungen). Zuzugszahlen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2016) – Migrationsbericht 2015 (Daten für 2016 wurden aus den Daten des Statistischen Bundesamts ergänzt [<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Wanderungen/Tabellen/WanderungenAuslaender.html>])

Orientierungen der Zugewanderten mit „westlichen Werten“. Eines der ersten öffentlichen Statements des neuen Innenministers Seehofer stellte klar, dass er den Islam nicht als Teil Deutschlands sehe. Im CSU regierten Bayern wurde kurz darauf angeordnet, dass in allen Behörden Kreuze hängen sollten. Selbst die Kirchen wehrten sich gegen diese Vereinnahmung, zumal der Ministerpräsident noch hinzufügte, das Kreuz sei in diesem Fall nicht als christliches Symbol zu verstehen.¹ Diese Schlaglichter aus der politischen Debatte deuten darauf hin, dass sich die Kritik an der steigenden Zuwanderung vor allem an der vermeintlichen kulturellen Bedrohung festmacht (McLaren 2003). Dies äußert sich nicht zuletzt in einer Präferenz für Migranten mit geringerer kultureller Distanz (Czymara und Schmidt-Catran 2016).

Die europäische Debatte um die Vereinbarkeit des Islam mit westlichen Werten dreht sich häufig um das Thema Geschlechtergleichheit. Das Kopftuch bzw. die Burka sind in der Wahrnehmung vieler Mehrheitsangehöriger Symbole für die Unterdrückung der Frau und auch die Familienbeziehungen in muslimischen Migrantenfamilien werden mit Skepsis betrachtet. Die Diskussion hat nach den Ereignissen in der Kölner Silvesternacht 2015 nochmals an Schärfe gewonnen. In dieser Nacht waren zahlreiche Frauen auf dem Kölner Bahnhofsvorplatz sexueller Belästigung und Gewalt ausgesetzt (Parlamentarischer Untersuchungsausschuss 2017).² Die Beteiligten berichteten übereinstimmend von Gruppen junger Männer nordafrikanischer Herkunft. Obschon es keine Hinweise darauf gab, dass jüngst Geflüchtete unter den Peinigern waren, gilt diese Debatte als ein Wendepunkt in dem bis dato positiven Klima gegenüber Geflüchteten (für einen Überblick siehe Czymara und Schmidt-Catran 2017, S. 738). Ob Einstellungen zu Zuwanderung allerdings tatsächlich skeptischer geworden sind, ist eine Frage, die sich nicht leicht beantworten lässt. In einer Art natürlichem Experiment untersuchen Czymara und Schmidt-Catran (2017) wie die Silvesternacht migrationsbezogene Einstellungen beeinflusst hat; ihre Befunde lassen keine eindeutigen Schlüsse zu. Sie zeigen, dass Einstellungen zu Geflüchteten sogar positiver, solche zu Einwanderern aus arabischen Ländern aber kritischer geworden sind. In diversen Talkshows oder Medienberichten wird aber unter Bezugnahme auf die Silvesternacht darauf verwiesen, dass offenbar viele jüngst

¹In einem Interview mit der Boulevardzeitung „Abendzeitung“, äußerte sich Söder zu dieser Entscheidung (Schneider 2018, S. 28, April).

²Laut Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV wurden 1020 Delikte angezeigt. Hierbei handelte es sich um 477 Sexualdelikte bzw. kombinierte Eigentums- und Sexualdelikte (Parlamentarischer Untersuchungsausschuss 2017, S. 363).

Zugewanderte ein anderes Frauenbild haben als die meisten Deutschen. Auch die Diskussion um einen migrationsbedingten Anstieg in Verstößen gegen das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung hat durch das jüngste Migrationsgeschehen zugenommen.

Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob sich Männer und Frauen hinsichtlich ihrer aktuellen Einstellungen zu Zuwanderung unterscheiden. Ältere Studien deuten darauf hin, dass Geschlecht keinen zentralen Einflussfaktor darstellt. Einer der wenigen Beiträge auf der Grundlage deutscher Daten, die sich detaillierter mit diesem Thema auseinandersetzen, stammt von Kühnel und Leibold. Sie analysieren, ob es möglicherweise gerade bei männlichen Befragten inkonsistente Forderungen seitens der Mehrheitsangehörigen an Muslime gibt, Geschlechtergleichheit zu akzeptieren, ohne dieser selbst zuzustimmen. Tatsächlich lassen sich solche inkonsistenten Einstellungen je nach Operationalisierung bei ca. 13–20 % der Befragten finden, allerdings ist dieser Anteil bei Männern und Frauen gleich hoch (2007, S. 148).

Dessen ungeachtet ist denkbar, dass im Zuge der skizzierten Debatten das Geschlecht der Befragten für die Erklärung migrationsbezogener Einstellungen an Bedeutung gewonnen hat. Dies wäre möglicherweise ausgehend von Erklärungsansätzen migrationsbezogener Einstellungen zu erwarten, die einer wahrgenommenen kulturellen Bedrohung eine entscheidende Bedeutung beimessen (McLaren 2003). In diesem Beitrag möchten wir untersuchen, ob das Geschlecht der Befragten bei der Erklärung entsprechender Einstellungen über die Zeit wichtiger geworden ist. Dazu werden wir zunächst vorhandene theoretische Argumente und empirische Evidenzen über die Rolle des Geschlechts im Zusammenhang mit der Erklärung migrationsbezogener Einstellungen diskutieren (2). Darauf aufbauend werden wir anhand von Daten aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) erste deskriptive Evidenzen zu dieser Frage präsentieren (3). Bei dieser Längsschnittbefragung werden alle zwei Jahre unterschiedliche Personen zu unterschiedlichen Themen befragt. In den Jahren 1996, 2006 und 2016 waren migrationsbezogene Einstellungen jeweils ein thematischer Schwerpunkt. Anhand von ALLBUS Daten lässt sich also analysieren, wie sich diese Einstellungen über die letzten beiden Jahrzehnte verändert haben, und ob angesichts der oben skizzierten Debatte das Geschlecht der Befragten als Prädiktor migrationsbezogener Einstellungen wichtiger geworden ist. Eine Zusammenfassung und Diskussion beschließen unser Papier (4).

2 Unterscheiden sich migrationsbezogene Einstellungen zwischen Männern und Frauen – und warum sollte dies (nicht) der Fall sein?

Geschlecht ist neben dem Alter und dem Bildungsniveau als Kovariate in nahezu allen Studien zu migrationsbezogenen Einstellungen enthalten. Anders als Alter und Bildungsniveau wird sie allerdings in den wenigsten Studien explizit adressiert. Zwei Überblicksartikel jüngeren Datums erwähnen dieses Merkmal erst gar nicht (Ceobanu und Escandell 2010; Hainmueller und Hopkins 2014). Dies wirft die Frage auf, ob diese Variable tatsächlich irrelevant ist, oder ob ihre möglicherweise in jüngster Zeit gewachsene Bedeutung übersehen wurde. Letzteres erscheint allerdings angesichts der zahlreichen in diesem Forschungsfeld engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die auf der Suche nach neuen Themen und Befunden sind, unwahrscheinlich. Gleichermäßen unwahrscheinlich erscheint aber zumindest auf den ersten Blick, dass die wachsende Bedeutung des Geschlechterthemas bei der Diskussion um die Folgen von Zuwanderung die entsprechenden Einstellungen gänzlich unberührt gelassen hat.

Die theoretische Herausforderung bei der Auseinandersetzung mit diesem Thema besteht darin zu spezifizieren, über welchen Mechanismus Geschlecht auf migrationsbezogene Einstellungen wirken könnte. Dies führt natürlich automatisch zu der generellen Frage, wie sich fremdenfeindliche Einstellungen erklären lassen. Es gibt viele Versuche, die zahlreichen Einflussfaktoren auf der individuellen sowie auf der Gruppen- und Kontextebene zu systematisieren, die sich in der empirischen Forschung als relevant erwiesen haben. Im Folgenden beschränken wir uns auf ein Erklärungsparadigma, von dem ausgehend man am ehesten erwarten würde, dass das Geschlecht an Bedeutung gewonnen hat. Dies schließt beispielsweise Erklärungsansätze aus, die von stabilen Geschlechterdifferenzen ausgehen, die weitgehend unabhängig von aktuellen Entwicklungen existieren, etwa die Annahme, Frauen hätten eine größere prosoziale Orientierung (Croson und Buchan 1999).

Wir bedienen uns vielmehr der prominenten Unterscheidung zwischen kultureller und ökonomischer Bedrohungswahrnehmung durch Zuwanderung. Hinsichtlich letzterer wird weiter differenziert zwischen einer individuellen Bedrohung (etwa der Angst vor dem Verlust des eigenen Jobs) und einer „soziotropischen“ Bedrohung (der Angst um negative Auswirkungen auf die Wirtschaft des eigenen Landes, vgl. Hainmueller und Hiscox 2010). Die Idee, dass Bedrohungswahrnehmungen der Mehrheit auf dem Gefühl beruhen, die

Privilegien der eigenen Gruppe seien durch eine „outgroup“ gefährdet, geht zurück auf Herbert Blumer. Er grenzte sich in seinem berühmten Essay „Race Prejudice as a Sense of Group Position“ (Blumer 1958) von Ansätzen zur Erklärung fremdenfeindlicher Einstellungen ab, die von einer „innate disposition“ ausgingen, die er folgendermaßen beschreibt: „some trace it to personality composition, such as authoritarian personality; and others regard the feelings of prejudice as being formed through social experience“ (ebenda 3). Blumer argumentiert vielmehr: „[the] basic understanding of race prejudice must be sought in the process by which racial groups form images of themselves and of others“ (ebenda 3). Der Prozess, durch den die Anwesenheit einer anderen Gruppe als Bedrohung des eigenen Gruppenstatus und der eigenen Gruppenprivilegien wahrgenommen wird, ist laut Blumer „[...] fundamentally a collective process. It operates chiefly through the public media in which individuals who are accepted as the spokesmen of a racial group characterize publicly another racial group“ (ebenda 3 f.). Die auf Blumer aufbauende Literatur nimmt daher Gruppenbeziehungen in den Blick und nicht so sehr individuelle Ablehnungsgefühle. Die vermeintlich bedrohten Privilegien können ökonomischer oder kultureller Natur sein.

Tatsächlich ist die Idee, dass Zuwanderer abgelehnt werden, weil sie eine Bedrohung der eigenen ökonomischen Situation darstellen, weit verbreitet, aber empirisch nur bedingt gedeckt. So gibt es erstaunlich wenige Hinweise darauf, dass Personen in prekärer ökonomischer Lage besonders zuwanderungsskeptisch sind. Vor allem aber werden nicht konsistent diejenigen Zuwanderer abgelehnt, mit denen die Befragten aufgrund ihres Qualifikationsniveaus am ehesten in Konkurrenz stehen (O’Connell 2011). Eine größere Rolle scheinen Wahrnehmungen über die Auswirkungen der Zuwanderung auf die Ökonomie insgesamt zu spielen. Dies reduziert freilich den exploratorischen Wert des Konzepts der ökonomischen Bedrohung, da es einfacher ist, Indikatoren für die individuelle ökonomische Bedrohung zu finden (z. B. Beschäftigung in einem Wirtschaftszweig, in dem viele jüngst Zugewanderte mit ähnlichem Qualifikationsniveau arbeiten, oder ein prekäres Beschäftigungsverhältnis) als für eine wahrgenommene soziotropische Bedrohung, die nicht nur Ursache, sondern auch Folge einwanderungsskeptischer Einstellungen sein kann (Hainmueller und Hopkins 2014, S. 243).

Jüngere Übersichtsartikel verweisen zudem auf die „primacy of the cultural over economic concerns“ (Hainmueller und Hopkins 2014, S. 231). Im Hinblick auf eine kulturelle Bedrohung ist die Differenzierung zwischen individueller und soziotropischer Bedrohung weniger eindeutig, da Kultur per se mit anderen geteilt wird und eine individuelle kulturelle Bedrohung damit schwerer von einer soziotropischen zu trennen ist. Dessen ungeachtet stellt das Konzept der

kulturellen Bedrohung einen fruchtbaren Ausgangspunkt dar, um mögliche Geschlechterunterschiede in migrationsbezogenen Einstellungen zu diskutieren.

Blumers These der wahrgenommenen Bedrohung von Gruppenprivilegien durch Zuwanderung scheint eine passende Beschreibung zur oben skizzierten Situation darzustellen. Schließlich geht es in der Debatte um Zuwanderung häufig um die Frage, ob die Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum und die vergleichsweise verbreitete Akzeptanz von Gleichberechtigung betonenden Geschlechternormen durch die Zuwanderung vermeintlich kulturell distanter Einwanderer bedroht sind. Diese Bedrohungswahrnehmung wurde prominent in der „Erklärung 2018“ deutlich, die über 165.000 Unterschriften gesammelt hat. In einem Kommentar im Berliner Tagesspiegel schrieb eine der Initiatorinnen am 11. April 2018, dass Masseneinwanderung seit 2015 eine „wachsende Gefährdung von Frauen im öffentlichen Raum“ darstelle.³

Käme es in Folge von Migration tatsächlich zu einem Wandel in geschlechterbezogenen Normen und Verhaltensweisen, wären Frauen davon mehr betroffen als Männer. Dies gilt etwa für die Angst auf der Straße belästigt oder als Frau nicht respektiert zu werden (z. B. als Lehrerinnen oder Polizistinnen, vgl. Kambouri 2015). Allerdings erinnert uns Blumer in seinem Essay daran, dass keine unmittelbaren „social experiences“ nötig sind, um derartige Befürchtungen zu wecken. Entscheidend sind vielmehr durch die Medien und prominente Personen genährte Wahrnehmungen, dass solch eine Bedrohung existiert. Je bedeutender eine solche kulturelle Bedrohung für die Erklärung fremdenfeindlicher Einstellungen wird, desto stärker könnten sich diese zwischen den Geschlechtern unterscheiden.

Diese Schlussfolgerung ist aber möglicherweise verfrüht. Erstens ist fraglich, ob die individuellen Bedrohungsgefühle von Frauen, etwa in Folge der Kölner Silvesternacht, tatsächlich zugenommen haben. Zwar haben einzelne von Geflüchteten verübte Gewaltverbrechen an Frauen eine breite mediale Aufmerksamkeit gefunden. Allerdings weist die offizielle Kriminalitätsstatistik für die Jahre 2015 bis 2017 auf einen allenfalls moderaten Anstieg in den von Migranten begangenen Sexualstraftaten hin (Bundeskriminalamt 2017, S. 24), insbesondere wenn man die Zahl der Migranten in Deutschland berücksichtigt – und auch dieser Sachverhalt wird in den Medien ausführlich berichtet.

³In einem Gastbeitrag legt Lengsfeld die Ziele der Erklärung 2018 dar (Lengsfeld 2018, 11. April).

Vergleichbar mit der ökonomischen Bedrohung wäre also auch möglich, dass Frauen nicht verstärkt um ihre eigene Sicherheit fürchten. Vielmehr könnten etwaige Bedrohungsgefühle eher soziotropischer Art sein, insofern als die Zuwanderung vieler junger, männlicher Muslime als Bedrohung westlicher Standards von Gleichberechtigung betrachtet wird. Hier ist die empirische Evidenz allerdings ebenfalls uneindeutig. Zwar gibt es in den Herkunftsländern der meisten Migranten deutlich weniger Zustimmung zur Gleichberechtigung der Geschlechter (Inglehart und Norris 2003, S. 44), und dies spiegelt sich auch in den Einstellungen der in westlichen Ländern lebenden Muslime wieder (Röder und Mühlau 2014). Allerdings sind laut IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten die Unterschiede zwischen den jüngst nach Deutschland Geflüchteten und Mehrheitsangehörigen gering: „Unterschiede im Verständnis von Geschlechterrollen zwischen Geflüchteten und deutschen Staatsbürgern sind also je nach Aussage und Geschlecht in unterschiedlicher Richtung und in schwach bis mittlerem Ausmaß vorhanden“ (Brücker et al. 2016, S. 85). Unabhängig davon ließe sich argumentieren, dass allgemeine, d. h. „soziotropische“ Bedrohungsgefühle, stärker als die individuelle Furcht, Opfer eines Sexualverbrechens zu werden, auch von Männern geteilt werden dürften und ihre Zunahme daher nicht geschlechtsspezifisch ist.

Insgesamt scheint es also ausgehend von Ansätzen des „cultural threat“ durchaus denkbar, dass Geschlechterunterschiede im Bereich der zuwanderungsbezogenen Einstellungen größer geworden sind. Je stärker allerdings von einer soziotropischen Bedrohung ausgegangen wird, desto eher ist auch denkbar, dass beide Geschlechter gleichermaßen zuwanderungsskeptischer geworden sind, weil sie vergleichsweise weit verbreitete Normen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern durch die Zuwanderung vieler Muslime als bedroht ansehen⁴. Im

⁴Dies ist ganz unabhängig von der Frage möglich, wie gleichberechtigt Frauen in unserer Gesellschaft tatsächlich sind, und ob es bei der Kritik an der vermeintlichen Ablehnung von Normen der Gleichberechtigung durch Muslime nicht viel mehr darum geht, solche Normen als symbolische Ab- und Ausgrenzungskriterien zu instrumentalisieren. Die Debatte in Frankreich, in der Medienberichten zufolge Polizisten am Strand von Nizza Muslima aufgefordert haben, ihre Ganzkörperbekleidung abzulegen ist ein Sinnbild dieses Konfliktes geworden (Zeit Online 2016, 24. August). Diese komplizierte Diskussion kann an dieser Stelle nicht geführt werden. Für uns sind vielmehr die Wahrnehmungen entscheidend, dass der Islam eine Bedrohung von westlichen Normen der Gleichberechtigung darstellt, und faktische Einstellungsunterschiede zwischen Mehr- und Minderheitenangehörigen auf Aggregatebene, wie man sie in den zitierten Studien findet.

Folgenden werden wir einige explorative Analysen zu der Frage präsentieren, wie sich einwanderungsskeptische Einstellungen verändert haben – und ob es überhaupt Hinweise auf zunehmende Geschlechterunterschiede gibt.

3 Daten und Indikatoren

Migrationsbezogene Einstellungen beziehen sich auf viele Aspekte und Bereiche und nicht für alle ist eine Zunahme der Geschlechterunterschiede ähnlich wahrscheinlich. Dies unterscheidet das Merkmal Geschlecht möglicherweise vom Merkmal Bildung, das nahezu unabhängig davon, welche Einstellungsdimension betrachtet wird, einen Unterschied zu machen scheint (Hello et al. 2002). Eine wichtige Differenzierung, die hinsichtlich des hier betrachteten Einstellungsbereichs vorgenommen werden muss, ist die zwischen „attitudes toward immigrants and attitudes toward immigration“ (Ceobanu und Escandell 2010, S. 313). Die Bereitschaft, mit Minderheitenangehörigen in Kontakt zu treten, ist ein wichtiger Indikator für erstgenannte Einstellungen. Andere Indikatoren umfassen Einstellungen über die rechtliche Gleichstellung von Minderheiten, etwa dem Zugang zu *Citizenship* oder zum Wahlrecht. Auch das Ausmaß wahrgenommener kultureller Differenzen zwischen Gruppen oder die wahrgenommenen Folgen der Zuwanderung für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft werden verwendet, um Einstellungen zu Einwanderern zu erfassen. Einstellungen zu Einwanderung werden häufig anhand von Items gemessen, die auf die Unterstützung von Zuzugsbeschränkungen abzielen (für eine Gegenüberstellung, siehe etwa Czymara und Schmidt-Catran 2016).

Neben der Unterscheidung zwischen Einstellungen zu Zuwanderung und zu Zuwanderern ist die Unterscheidung zwischen Einstellungen zu unterschiedlichen Gruppen von Einwanderern wichtig. Viele Surveyitems zielen auf Einstellungen gegenüber Einwanderern oder Minderheitenangehörigen allgemein ab (etwa das ALLBUS Item: „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen“). Wie oben dargestellt, geht es bei der Diskussion um die kulturellen Folgen von Zuwanderung im Allgemeinen und für die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen ausschließlich um Muslime.

Das gleiche Argument lässt sich auch für Einstellungen zu Zuzugsbegrenzungen machen. Es ist durchaus denkbar, dass Einstellungen zu Zuwanderung insgesamt liberaler geworden sind, diejenigen gegenüber bestimmten Gruppen wie Muslimen aber restriktiver. Da mögliche Geschlechterunterschiede in zuwanderungsrelevanten Einstellungsbereichen im Lichte der oben skizzierten Debatte nur für bestimmte Gruppen zu erwarten sind, müssen

sowohl Einstellungen zu Zuwanderern als auch zu Zuwanderung differenzierter erhoben werden, als dies in vielen Datensätzen der Fall ist. Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) bietet die Möglichkeit einer solchen differenzierteren Betrachtungsweise. Zwar wird im ALLBUS nur in sehr wenigen Fragen dezidiert nach Muslimen gefragt. Negative Einstellungen zu Muslimen, in der entsprechenden Literatur häufig als ein Aspekt von „Islamophobie“ bezeichnet (vgl. dazu Helbling 2014; Kühnel und Leibold 2007), lassen sich aber zumindest indirekt untersuchen, da Einstellungen zu mehrheitlich muslimischen Zuwanderergruppen gesondert erfasst werden (s. u.).

Der ALLBUS ist eine replikative Mehrthemenbefragung, die seit 1980 alle zwei Jahre durchgeführt wird und der Untersuchung von Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerung dient. Im Mittelpunkt jeder Erhebung stehen ein oder zwei Schwerpunktthemen, die im Allgemeinen in einem 10-jährigen Replikationszyklus wiederholt werden. Die Erhebungen sind so konzipiert, dass sie als Querschnittsdaten, aber insbesondere auch als Längsschnittsdaten analysiert werden können. Grundgesamtheit der ALLBUS Erhebungen ist die in Deutschland lebende erwachsene Bevölkerung in Privathaushalten, wobei Personen aus Ostdeutschland überrepräsentiert sind. Die vollstandardisierten ALLBUS-Interviews werden persönlich-mündlich durchgeführt – seit dem Jahr 2000 als computerunterstützte Befragung mit Laptop (computer assisted interviewing – CAPI).⁵

Auf der Grundlage dieses Datensatzes betrachten wir verschiedene Indikatoren für zuwanderungsrelevante Einstellungen im Zeitverlauf. Diese Auswahl ist insofern datengetrieben, als nur eine begrenzte Auswahl an gruppenspezifischen Items zur Verfügung steht. Zunächst eruieren wir, ob und in welche Richtung sich der Anteil der Befragten verändert hat, die der Ansicht sind, der Zuzug bestimmter Gruppen sollte begrenzt werden. Dieses Item wird im ALLBUS seit 1996 differenziert nach EU -Ausländern, nicht EU -Ausländern mit dem expliziten Zusatz „z. B. Türken“, Asylsuchenden und Aussiedlern erhoben. Obschon bei dieser Auswahl Migrationsmotive, Herkunftsregionen und ethnische Gruppen vermengt werden, bietet sie den Vorteil, dass die großen und in der öffentlichen Wahrnehmung präsenten Gruppen, die das Zuzugsgeschehen seit der Nachkriegszeit geprägt haben, vertreten sind. Ebenfalls erhoben werden soziale Distanzen gegenüber Türken, Asylbewerbern, Aussiedlern, Italienern und Juden. Es wird erhoben, wie angenehm ein Angehöriger dieser Gruppen als Nachbar

⁵Zur Konzeption des ALLBUS-Umfrageprogramms siehe u. a. Wasmer et al. (2017) und Koch und Wasmer (2004).

wäre und wie angenehm es wäre, wenn eine Person aus dieser Gruppen in die Familie einheiraten würde. Ein weiteres vor dem Hintergrund unserer Fragestellung relevantes Item erhebt die Einstellung zur Einführung des Islamunterrichts in Schulen, analog zum konfessionellen christlichen Religionsunterricht.

Im Folgenden präsentieren wir deskriptive Ergebnisse für deutsche Staatsangehörige für drei Messzeitpunkte: 1996, 2006 und 2016.⁶ In diesen drei Jahren waren Einstellungen zu Einwanderung und Einwanderern ein Schwerpunktthema des ALLBUS. Dies erweist sich im Lichte unserer Frage als Glücksfall. Bereits in den 1990er Jahren gab es starken Zuzug nach Deutschland, einerseits von Aussiedlern aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion, andererseits von Asylbewerbern. In der Folge wurde das Asylrecht verschärft, etwa durch – politisch hochumstrittene – Maßnahmen wie die Einführung einer Liste sogenannter sicherer Herkunftsstaaten. Die Zahl der Asylbewerber ging in den Folgejahren stark zurück. In der Mitte der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts waren die Zuzugszahlen und vor allem der Wanderungssaldo vergleichsweise niedrig, in einigen Jahren sogar negativ. Die Salienz des Zuwanderungsthemas war zu diesem Zeitpunkt verhältnismäßig gering. Zehn Jahre später hat sich das Bild völlig gewandelt, mit einer Nettomigration, die zumindest kurzfristig deutlich über den Spitzenjahren der frühen 1990er Jahre lag (vgl. Abb. 1).

Ein Vergleich der migrationsbezogenen Einstellungen zu den drei hier verwendeten Messzeitpunkten bietet also eine hervorragende Gelegenheit, der Frage der möglicherweise wachsenden Geschlechterunterschiede nachzugehen. Zusätzlich werden wir einige Indikatoren speziell für Einstellungen gegenüber Geflüchteten auswerten, die aus gegebenem Anlass 2016 in das Frageprogramm aufgenommen wurden.

4 Empirische Befunde

Die Nachfrage nach Zuzugsbegrenzungen stellt einen wichtigen Indikator für migrationsbezogene Einstellungen dar. Tab. 1 zeigt den Anteil von Befragten, die die weitere Zuwanderung einer bestimmten Gruppe begrenzt oder ganz unterbunden sehen möchten. Im Jahr 2016 ist die Nachfrage nach Zuzugsstopps

⁶Alle folgenden Analysen sind mit dem personenbezogenen Ost-West Gewicht zur Korrektur des Oversampling in Ostdeutschland berechnet.

Tab. 1 Anteil Nennungen der Zuzug „soll begrenzt“ und „soll völlig unterbunden“ (nicht angegeben: „uneingeschränkt“) werden (in %)

		1996		2006		2016	
		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Aussiedler	Begrenzen	75,0	70,5	74,5	74,8	65,1	55,1
	Unterbinden	12,2	13,5	11,7	11,9	4,2	3,6
	<i>Sig.</i>	*				***	
	<i>N</i>	1604	1581	1612	1500	766	811
Asylsuchende	Begrenzen	67,0	65,1	72,2	74,4	71,5	69,1
	Unterbinden	21,3	21,7	14,5	14,7	7,0	6,3
	<i>Sig.</i>						
	<i>N</i>	1600	1568	1616	1493	766	806
EU-Arbeitnehmer	Begrenzen	58,9	49,6	63,5	57,2	54,0	46,8
	Unterbinden	17,3	17,5	10,7	12,3	2,9	3,1
	<i>Sig.</i>	***		**		*	
	<i>N</i>	1553	1568	1596	1494	766	806
Nicht-EU-Arbeitnehmer	Begrenzen	57,3	55,9	65,5	65,2	69,8	68,6
	Unterbinden	35,3	36,5	26,3	27,0	12,3	12,3
	<i>Sig.</i>						
	<i>N</i>	1556	1547	1622	1502	766	808

Anmerkung: ***0,001; **0,01; *0,05

Quelle: Kumulierter ALLBUS 1980–2016

für alle Gruppen niedriger als 2006, einem Jahr mit einem sehr geringen Wanderungssaldo. Auffallend ist, dass nur rund 6,3 % der Männer bzw. 7 % der Frauen einen Zuzugsstopp für Asylbewerber wünschen. Ebenso deutlich wie ein Zuzugsstopp abgelehnt wird, werden für diese Gruppe allerdings Zuzugsbegrenzungen gefordert. Interessanterweise fordern Frauen deutlich häufiger als Männer Zuzugsbegrenzungen für Aussiedler und EU-Arbeitnehmer, während sich für die anderen Herkunftsgruppen keine Geschlechterunterschiede zeigen.

Um die Einstellung gegenüber unterschiedlichen Gruppen (Italienern, Aussiedlern, Asylbewerbern, Türken, Juden) zu analysieren, sind die wahrgenommenen Lebensstilunterschiede zu den Mehrheitsangehörigen aufschlussreich (siehe Tab. 2). Rund 15 % der Befragten sind im Jahr 2016 der Ansicht,

Tab. 2 Anteil „große“ Lebensstilunterschiede von in Deutschland lebenden ... zu Deutschen (in %)

	1996		2006		2016	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Italiener	24,2	23,5	16,6	18,8	14,8	15,6
Sig.						
N	1506	1505	1510	1429	1551	1592
Aussiedler	43,5	43,1	47,0	52,2	29,7	28,1
Sig.			**			
N	1495	1498	1535	1447	1544	1588
Asylbewerber	81,3	82,8	79,2	82,4	83,0	82,2
Sig.			*			
N	1505	1496	1498	1404	1539	1563
Türken	67,5	66,3	70,5	68,8	53,7	56,7
Sig.						
N	1539	1529	1567	1462	1582	1606
Juden	18,4	20,1	18,1	18,8	13,9	15,8
Sig.						
N	1354	1363	1277	1220	1301	1360

Anmerkung: Kategorien 5 bis 7 (auf einer 7er Skala) sind zu „groß“ zusammengefasst.
 ***0,001; **0,01; *0,05

Quelle: Kumulierter ALLBUS 1980–2016

dass sich der Lebensstil der Italiener und Juden stark von dem Lebensstil der Deutschen unterscheidet, knapp 30 % denken, dies sei für Aussiedler der Fall, und ein deutlich höherer Anteil stimmt der Aussage zu, der Lebensstil von Türken und Asylbewerbern unterschiede sich stark von dem der Deutschen (rund 55 und rund 83 % resp.). Interessant ist, dass sich der wahrgenommene Unterschied des Lebensstils der Türken zwischen 2006 und 2016 deutlich reduziert hat (von etwas über 70 %, die große Lebensstilunterschiede sehen, auf etwa 55 %), während er für Asylbewerber als einziger Gruppe zwischen 2006 und 2016 sogar leicht gestiegen ist, zumindest bei den weiblichen Befragten. Möglicherweise erscheinen Türken im Vergleich zu den aus dem Nahen Osten und Afrika eingewanderten Asylbewerber nicht mehr ganz so fremd. Geschlechterunterschiede spielen im Jahr 2016 für keine der betrachteten Gruppen eine nennenswerte Rolle.

Tab. 3 Wie angenehm oder unangenehm wären Ihnen ... als Nachbarn (Anteil unangenehm in %)

	1996		2006		2016	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Italiener	7,0	7,5	5,3	6,2	4,8	5,3
Sig.						
N	1666	1598	1618	1490	1601	1623
Aussiedler	15,7	18,4	27,9	28,2	18,5	17,8
Sig.	*					
N	1664	1596	1608	1495	1596	1621
Asylbewerber	47,5	49,4	48,1	48,8	44,7	46,8
Sig.						
N	1662	1596	1597	1480	1583	1610
Türken	35,8	33,7	40,1	41,1	34,2	34,3
Sig.						
N	1666	1597	1612	1495	1596	1623
Juden	9,7	11,6	12,9	13,1	8,5	10,0
Sig.						
N	1655	1592	1539	1442	1537	1570

Anmerkung: Kategorien 1 bis 3 (auf einer 7er Skala) sind zu „unangenehm“ zusammengefasst. ***0,001; **0,01; *0,05

Quelle: Kumulierter ALLBUS 1980–2016

Wie steht es nun um die Bereitschaft, persönliche Kontakte mit Angehörigen verschiedener Gruppen aufzunehmen? Im Jahr 2016 waren Italiener die mit Abstand am wenigsten unbeliebte Migrantengruppe hinsichtlich der Frage, wie unangenehm bestimmte Minderheitenangehörige als Nachbarn seien (s. Tab. 3), gefolgt von Juden und Aussiedlern.⁷ Türken und Asylbewerber sind die am wenigsten beliebten potenziellen Nachbarn. Geschlechterunterschiede sind auch hier zu vernachlässigen. Ein klarer Zeittrend ist nicht erkennbar. Zwischen 1996 und 2006 nahm die Ablehnung einiger Gruppen zu, dies gilt etwa für Aussiedler und Türken.

⁷Konkret wird auf einer Skala mit sieben Skaleneinheiten gefragt: „Wie angenehm oder unangenehm wären Ihnen Angehörige dieser Gruppen als Nachbarn?“

Zwischen 2006 und 2016 reduzierte sich hingegen für alle Gruppen der Anteil derer, die die Nachbarschaftskontakte zu den Minderheitenangehörigen als unangenehm einschätzten. Geschlechterunterschiede waren und bleiben unbedeutend.

Ein ähnliches Muster zeigt sich, wenn eine besonders enge Form des Kontakts betrachtet wird: die Einheirat in die eigene Familie (siehe Tab. 4). Auch hier erfahren Italiener die geringste, Asylbewerber – gefolgt von Türken – die höchste Ablehnung. Auch für die beiden letztgenannten Gruppen nimmt die Ablehnung aber zwischen 2006 und 2016 ab, wenngleich rund die Hälfte der Befragten diese, wohlgeachtet recht enge, Form des Kontakts mit Asylbewerbern und Türken nicht möchten. Zwischen 1996 und 2006 hat sich hinsichtlich der meisten

Tab. 4 Wie angenehm oder unangenehm wäre es, wenn ein ... in Ihre Familie einheiraten würde (Anteil unangenehm in %)

	1996		2006		2016	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Italiener	19,3	19,8	10,6	14,2	7,6	10,0
Sig.			**			
N	1666	1593	1611	1477	773	790
Aussiedler	26,8	26,3	32,2	34,0	21,6	24,0
Sig.						
N	1664	1592	1599	1475	769	789
Asylbewerber	59,4	61,0	56,9	58,2	51,8	54,8
Sig.						
N	1662	1591	1594	1464	765	781
Türken	55,3	54,7	52,6	55,1	46,8	48,5
Sig.						
N	1665	1592	1602	1475	769	786
Juden	25,8	26,8	23,2	24,5	21,3	23,6
Sig.						
N	1657	1583	1518	1421	743	768

Anmerkung: Kategorien 1 bis 3 (auf einer 7er Skala) sind zu „unangenehm“ zusammengefasst. ***0,001; **0,01; *0,05

Quelle: Kumulierter ALLBUS 1980–2016

Tab. 5 Sollten... in allen Bereichen die gleichen Rechte haben wie die Deutschen (Ablehnung in %)

	1996		2006		2016	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Italiener	26,9	28,6	22,3	24,4	17,3	21,9
<i>Sig.</i>					*	
<i>N</i>	1659	1590	1588	1476	817	828
Aussiedler	25,7	25,2	31,2	29,4	18,7	20,5
<i>Sig.</i>						
<i>N</i>	1658	1590	1594	1475	817	825
Asylbewerber	63,1	66,9	60,1	61,7	54,8	57,8
<i>Sig.</i>	*					
<i>N</i>	1658	1589	1585	1467	817	823
Türken	44,9	45,1	44,6	45,7	32,8	35,5
<i>Sig.</i>						
<i>N</i>	1657	1587	1589	1471	816	826
Juden	19,2	22,7	23,8	23,5	15,9	17,5
<i>Sig.</i>	*					
<i>N</i>	1652	1573	1466	1389	782	779

Anmerkung: Kategorien 1 bis 3 sind zu „Ablehnung“ zusammengefasst. ***0,001; **0,01; *0,05

Quelle: Kumulierter ALLBUS 1980–2016

Gruppen wenig geändert.⁸ Frauen sind bei nahezu allen Gruppen und in nahezu allen Jahren solchen Kontakten gegenüber ähnlich eingestellt wie Männer.

Im ALLBUS wird auch erhoben, ob die Befragten Minderheitenangehörigen verschiedener Herkunft die gleichen Rechte zugestehen wie Mehrheitsangehörigen (siehe Tab. 5). Zwischen 16 und 22 % der Befragten sind der Ansicht, dass dies für Italiener, Aussiedler und Juden im Jahr 2016 nicht der Fall sein sollte, ein größerer Anteil (zwischen 33 und 36 %) wünscht dies für Türken, und über die Hälfte der Befragten ist überzeugt, dass Asylbewerber rechtlich nicht mit

⁸Mit Ausnahme der Gruppe der Aussiedler. Hier findet sich zwischen 1996 und 2006 eine Zunahme im Anteil derer, die eine Einheirat in die Familie als unangenehm einstufen.

Mehrheitsangehörigen gleichgestellt werden sollten. Der Anteil derjenigen, die sich dies für Türken und Asylbewerber wünschen, ist zwischen 1996 und 2016 aber deutlich gesunken. Männer und Frauen zeigen lediglich geringe Unterschiede in ihren Einstellungen. Der einzig signifikante Geschlechterunterschied findet sich bei der rechtlichen Gleichstellung von Asylbewerbern und interessanterweise auch von Juden im Jahr 1996, hier waren Frauen liberaler eingestellt als Männer. Dieser Unterschied verschwindet allerdings in den folgenden Jahren. Im Jahr 2016 zeigt sich ein signifikanter Geschlechterunterschied nur für Italiener.

Seit 1996 wird auch die Zustimmung zum Islamunterricht an Schulen erhoben. 2016 unterstützte rund ein Drittel der Befragten beider Geschlechter diese Idee (siehe Tab. 6). Für dieses Item sehen wir eine etwas andere Entwicklung bei Männern und bei Frauen im Zeitverlauf: So hat die Befürwortung islamischen Religionsunterrichts bei Männern zwischen 2006 und 2016 deutlicher zugenommen als bei Frauen. Nur eine Minderheit der Befragten plädiert für ausschließlich christlichen Religionsunterricht, dieser Anteil ist bei Frauen etwas höher als bei den Männern. Erwähnenswert ist aber vor allem, dass bei beiden Geschlechtern im Jahr 2016 etwa 40 % gar keinen Religionsunterricht präferieren – ein deutlich höherer Anteil als zu den beiden früheren Messzeitpunkten. Dieser Anstieg war vor allem bei den weiblichen Befragten ausgeprägt. Geschlechterunterschiede sind in allen drei Erhebungsjahren statistisch signifikant.

Wir komplettieren dieses Bild mit einem Blick auf einige Fragen, die sich speziell auf Geflüchtete beziehen und nur 2016 erhoben wurden. Diese beziehen sich auf die persönlichen Kontakte zu Geflüchteten und auf die Wahrnehmungen der Befragten zu den Auswirkungen der Fluchtmigration auf den deutschen

Tab. 6 Frage zum Religionsunterricht an staatlichen Schulen

	1996		2006		2016	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Auch Islamunterricht	36,8	29,5	34,2	29,8	36,6	35,9
Nur christlicher Religionsunterricht	33,3	30,4	38,3	31,9	24,3	20,5
Gar kein Religionsunterricht.	29,9	40,1	27,5	38,3	39,0	43,7
<i>Sig.</i>	***		***		**	
<i>N</i>	1651	1582	1583	1472	1570	1589

Anmerkung: ***0,001; **0,01; *0,05

Quelle: Kumulierter ALLBUS 1980–2016

Wohlfahrtsstaat, die öffentliche Sicherheit und die Qualität des Zusammenlebens von Geflüchteten und der Mehrheitsbevölkerung.

Unabhängig vom Geschlecht hat die Mehrheit der Befragten (ca. 59 %) noch nie persönlichen Kontakt zu Geflüchteten gehabt (siehe Tab. 7), obwohl ein ähnlich hoher Anteil der Ansicht ist, dass Geflüchtete in der Nachbarschaft (ca. einen Kilometer entfernt) leben (siehe Tab. 8).

Auf die Frage nach den Chancen und Risiken, die mit dem jüngsten Zuzug Geflüchteter verbunden sind, ist eine Mehrheit eher skeptisch (siehe Tab. 9). Die Folgen für den Sozialstaat bzw. das Zusammenleben von Geflüchteten und Mehrheitsangehörigen betrachten rund zwei Drittel bzw. knapp die Hälfte der Befragten als eher riskant. Die Folgen für die Wirtschaft werden gerade von Männern signifikant als weniger riskant eingeschätzt als von Frauen. Das vor dem Hintergrund dieses Beitrags interessanteste Item bezieht sich auf die wahrgenommenen Auswirkungen des Zuzugs Geflüchteter auf die öffentliche Sicherheit. Hier ist nicht nur die Risikowahrnehmung sehr viel höher als in den

Tab. 7 Persönlicher Kontakt zu Flüchtlingen

	Frauen	Männer
Ja	41,4	40,9
Nein	58,6	59,1
<i>Sig.</i>		
<i>N</i>	1607	1626

Anmerkung: ***0,001; **0,01; *0,05
Quelle: ALLBUS 2016

Tab. 8 Flüchtlinge in der Nähe untergebracht?

	Frauen	Männer
Ja, Sammelunterkunft	41,2	41,6
Ja, einzelne Personen	21,6	20,8
Nein	37,1	37,6
<i>Sig.</i>		
<i>N</i>	1530	1562

Anmerkung: ***0,001; **0,01; *0,05
Quelle: ALLBUS 2016

Tab. 9 Gibt es in folgenden Bereichen wegen der Flüchtlinge mehr Chancen, mehr Risiken oder weder noch?

	Sozialstaat		Sicherheit		Zusammenleben		Wirtschaft	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Mehr Risiko	64,8	65,1	72,3	67,9	46,2	46,6	43,9	36,2
Weder noch	23,5	23,3	25,5	29,7	28,0	31,7	30,3	34,7
Mehr Chance	11,7	11,6	2,2	2,4	25,7	21,7	25,8	29,1
<i>Sig. (gesamt)</i>			*		*		***	
<i>Sig. (Mehr Risiko vs. Rest)</i>			**				***	
<i>N</i>	1572	1606	1580	1612	1585	1610	1560	1603

Anmerkung: Kategorien 1 und 2 („deutlich mehr“ und „eher mehr Risiken“) sowie 4 und 5 („eher mehr“ und „deutlich mehr Chancen“) sind zusammengefasst. ***0,001; **0,01; *0,05

Quelle: ALLBUS 2016

anderen Bereichen, es zeigt sich auch ein moderater aber statistisch signifikanter Geschlechterunterschied. 68 % der männlichen Befragten, aber 72,3 % der weiblichen Befragten sind der Ansicht, dass die Anwesenheit Geflüchteter für die öffentliche Sicherheit mehr Risiken als Chancen birgt. Allerdings bewerten Frauen gleichzeitig den Einfluss dieser Gruppe auf das Zusammenleben häufiger als Chance als Männer.

5 Diskussion

Ausgangspunkt für diesen Beitrag war die im öffentlichen Diskurs prominente These, dass die Einstellungen zum Thema Geschlechtergleichheit von Muslimen und Mehrheitsangehörigen inkompatibel seien und der Islam als Religion für die Unterdrückung der Frau stehe. Tatsächlich zeigen vorhandene Studien, dass die Unterstützung für Geschlechtergleichheit etwa auf dem Arbeitsmarkt oder bei der innerfamiliären Arbeitsteilung in Ländern mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung deutlich weniger geteilt wird. Muslimische Einwanderer sind zudem

diesbezüglich konservativer als die Mehrheitsbevölkerung. Allerdings gibt es keine eindeutigen Hinweise darauf, dass die Zuwanderung junger muslimischer Geflüchteter in Deutschland zu einem substantziellen Anstieg der Gefährdung von Frauen im öffentlichen Raum geführt hat.

Wir haben daher argumentiert, dass ausgehend von dem Konzept der kulturellen Bedrohung beides denkbar ist: Einerseits, dass Frauen ein erhöhtes Unsicherheitsgefühl haben, hier könnten einzelne, von Geflüchteten begangene Gewaltverbrechen gegen Frauen, die breite mediale Aufmerksamkeit erfuhren, ihre Wirkung gezeigt haben, oder auch „Fake News“, wie etwa der berühmte Tweet des US Präsidenten, dass Verbrechen „way up“ in Deutschland seien. Andererseits könnte ein möglicherweise in Folge der Fluchtmigration gestiegenes Bedrohungsgefühl eher soziotropischer Natur sein. Das heißt die Zuwanderung zahlreicher Geflüchteter könnte als Gefährdung einer weithin geteilten Norm der Gleichberechtigung der Geschlechter wahrgenommen werden, ohne dass dies als unmittelbare und konkret den Alltag von Frauen einschränkende Bedrohung betrachtet wird.

Je abstrakter die Art der wahrgenommenen Bedrohung ist, so unser Argument, desto weniger sollte die gestiegene Salienz dieses Themas speziell die Einstellungen von Frauen beeinflusst haben. Hier ließe sich ein Stück weit ein ähnliches Argument formulieren wie im Hinblick auf die ökonomische Bedrohung: eine soziotropische Bedrohungswahrnehmung könnte die Einstellungen auch von denjenigen beeinflussen, die keine nachteiligen individuellen Auswirkungen befürchten. Dies entspräche Blumers Argument, dass sich Bedrohungsgefühle unabhängig von konkreten sozialen Erfahrungen entwickeln können, wenn sie von prominenten Personen im öffentlichen Diskurs beschworen werden. In einem solchen Fall sollten sich die Einstellungen sowohl von Frauen als auch von Männern verändert haben.

Insgesamt deuten unsere deskriptiven empirischen Befunde auf Grundlage des ALLBUS von 1996, 2006 und 2016 nicht darauf hin, dass sich Frauen durch den jüngsten Zuzug Geflüchteter stärker individuell bedroht fühlen als Männer und daher skeptischere Einstellungen gegenüber Asylbewerbern haben. Es zeigt sich zudem weder bei Frauen noch bei Männern, dass Einstellungen gegenüber Asylbewerbern substantziell skeptischer geworden wären. In diesem Sinne scheint weder eine individuelle noch eine soziotropische Bedrohungswahrnehmung die entsprechenden Einstellungen beeinflusst zu haben. Letztere zeigen vielmehr eine recht hohe Stabilität im Zeitverlauf – wobei diese Gruppe generell deutlich unpopulärer ist als alle anderen in der Befragung genannten Zuwanderergruppen. Dies kann durchaus die geschilderten Wahrnehmungen von Muslimen als kulturell distanter Gruppe widerspiegeln; die Zuwanderung zahlreicher

Geflüchteter aus dem Nahen Osten und Afrika im Herbst 2015 scheint aber nicht zu einem grundlegenden Wandel im Meinungsbild geführt zu haben.

Die Veränderungen über die Zeit hinweg hängen auch von dem betrachteten Indikator ab. Die meisten Minderheitenangehörigen erscheinen den Mehrheitsangehörigen als weniger fremd als vor 10 Jahren und ihnen ist die Vorstellung weniger unangenehm, sie als Nachbarn oder als Familienangehörige zu akzeptieren. Dies gilt allerdings nicht in gleichem Ausmaß für Asylbewerber, deren Lebensstil rund 83 % der Befragten als fremd betrachten, ein ähnlich hoher Anteil wie in den Dekaden davor. Allerdings findet sich auch für diese Gruppe ein zumindest leichter Rückgang im Anteil derer, die die oben genannten Kontakte zu ihnen unangenehm finden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich ein deutlicher Rückgang in den sozialen Distanzen auch und gerade für Türken zeigt.

Wenn es um rechtliche Gleichstellung geht, werden Asylbewerbern von besonders wenigen Befragten gleiche Rechte zugestanden; ein Sachverhalt, der womöglich eher die kurze Aufenthaltsdauer von Asylbewerbern widerspiegelt denn ihre Ablehnung. Hinsichtlich eines islamischen Religionsunterrichts sind Frauen zwar ähnlich aufgeschlossen wie Männer, ein gutes Drittel der Befragten befürwortet diesen. Allerdings haben sich bei diesem Indikator die Einstellungen bei beiden Geschlechtern im Zeitverlauf etwas unterschiedlich entwickelt. Bei den Männern ist der Anteil der Befürworter des islamischen Religionsunterrichts in den letzten 10 Jahren etwas stärker angestiegen als bei den Frauen, die 2006 noch eine höhere Zustimmung zum islamischen Religionsunterricht zeigten als Männer. Auffallend ist aber vor allem, dass der Anteil derer, die nur christlichen Religionsunterricht wünschen, bei beiden Geschlechtern zwischen 2006 und 2016 deutlich gesunken ist; nur noch rund ein Viertel der Befragten präferiert einen ausschließlich christlichen Religionsunterricht.

Insgesamt zeigen unsere deskriptiven Analysen, dass Geschlechterunterschiede in dem hier betrachteten Einstellungsbereich weiterhin zu vernachlässigen sind, dies gilt selbst für dezidiert auf Geflüchtete abzielenden Items wie der Frage nach den Folgen der jüngsten Zuwanderung für die öffentliche Sicherheit. Ausgehend von dem Konzept der migrationsbezogenen kulturellen Bedrohung sollte dieser Bereich für Frauen besonders relevant sein, allerdings unterscheiden sich Männer und Frauen selbst hier nur um weniger als 5 Prozentpunkte. Nicht unerwähnt bleiben sollte aber auch, dass über zwei Drittel der Befragten in diesem Bereich eher Risiken sehen – deutlich mehr, als wenn nach den Folgen dieser Zuwanderung für die Wirtschaft oder das unmittelbare Zusammenleben gefragt wird. Anders als man angesichts von Entwicklungen wie dem Erstarken der AfD oder der Omnipräsenz des Themas im politischen und medialen Diskurs

erwarten würde, gibt es aber keine Hinweise darauf, dass sich Einstellungen zum Zusammenleben von Geflüchteten und Einheimischen, zu den Rechten, die Asylbewerber erhalten sollten, oder zu der Fremdheit ihres Lebensstils, deutlich verschlechtert hätten. Asylbewerber sind und bleiben als Gruppe unbeliebter als andere Zuwanderergruppen. Obwohl sich die Salienz dieses Themas im hier betrachteten Zeitraum deutlich verändert hat, sind die Einstellungen zu ihnen über die Zeit erstaunlich stabil geblieben, und es hat nicht den Anschein, dass sich dies bald ändern wird, weder in die eine, noch in die andere Richtung.

Literatur

- Arzheimer, Kai. 2015. The AfD: Finally a successful right-wing populist eurosceptic party for Germany? *West European Politics* 38:535–556.
- Blumer, Herbert. 1958. Race prejudice as a sense of group position. *The Pacific Sociological Review* 1:3–7.
- Brücker, Herbert, Nina Rother, und Jürgen Schupp. 2016. *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse*. Nürnberg. Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). IAB-Forschungsbericht 14/2016. Nürnberg: IAB.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Hrsg. 2016. *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2015*. Nürnberg: Bundesministerium des Innern.
- Bundeskriminalamt. Hrsg. 2017. *Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Bundeslagebild 2017*. Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Ceobanu, Alin, und Xavier Escandell. 2010. Comparative analyses of public attitudes toward immigrants and immigration using multinational survey data: A review of theories and research. *Annual Review of Sociology* 36:309–328.
- Croson, Rachel, und Nancy Buchan. 1999. Gender and culture: International experimental evidence from trust games. *American Economic Review* 89:386–391.
- Czymara, Christian S., und Alexander W. Schmidt-Catran. 2016. Wer ist in Deutschland willkommen?: Eine Vignettenanalyse zur Akzeptanz von Einwanderern. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 68:193–227.
- Czymara, Christian S., und Alexander W. Schmidt-Catran. 2017. Refugees unwelcome? Changes in the public acceptance of immigrants and refugees in Germany in the course of Europe's 'Immigration Crisis'. *European Sociological Review* 33:735–751.
- Forschungsgruppe Wahlen. 2017. Mannheim Politbarometer 1977–2016 (Partielle Kumulation). Gesis Datenarchiv, Köln. Za2391 Datenfile Version 8.0.0.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2017. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2016. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5250 Datafile Version 2.1.0. <https://doi.org/10.4232/1.12796>.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. 2018. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS – Kumulation 1980–2016. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA4586 Data file Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13029>.

- Hainmueller, Jens, und Michael Hiscox. 2010. Attitudes toward highly skilled and low-skilled immigration: Evidence from a survey experiment. *The American Political Science Review* 104:61–84.
- Hainmueller, Jens, und Daniel Hopkins. 2014. Public attitudes toward immigration. *Annual Review of Political Science* 17:225–249.
- Hambauer, Verena, und Anja Mays. 2018. Wer wählt die AfD? – Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 12:133–154.
- Heitmeyer, Wilhelm, Joachim Müller, und Helmut Schröder. 1997. *Verlockender Fundamentalismus: türkische Jugendliche in Deutschland*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Helbling, Marc. 2014. Islamophobia in the West: An introduction. In *Islamophobia in the West: Measuring and explaining individual attitudes*, Hrsg. Marc Helbling, S. 1–18. London: Routledge.
- Hello, Evelyn, Peer Scheepers, und Gijsberts Mérove. 2002. Education and ethnic prejudice in Europe: Explanations for crossnational variances in the educational effect on ethnic prejudice. *Scandinavian Journal of Educational Research* 46:5–24.
- Inglehart, Ronald, und Pippa Norris. 2003. *Rising tide: Gender equality and cultural change around the world*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kambouri, Tania. 2015. *Deutschland im Blaulicht: Notruf einer Polizistin*. München: Piper.
- Koch, Achim, und Martina Wasmer. 2004. Der ALLBUS als Instrument zur Untersuchung sozialen Wandels: Eine Zwischenbilanz nach 20 Jahren. In *Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit ALLBUS-Daten aus zwei Jahrzehnten*, Hrsg. Rüdiger Schmitt-Beck, Martina Wasmer und Achim Koch, S. 13–42. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kühnel, Steffen, und Jürgen Leibold. 2007. Islamophobie in der deutschen Bevölkerung: Ein neues Phänomen oder nur ein neuer Name? Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit 2003 bis 2005. In *Konfliktfeld Islam in Europa*. Soziale Welt Sonderband, Hrsg. Monika Wohlrab-Sahr und Tezcan Levent. Baden-Baden: Nomos.
- Lengfeld, Holger. 2017. Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer? *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 69:209–232.
- Lengfeld, Vera. 2018. 11. April: Worum es uns bei der „Erklärung 2018“ geht. <https://www.tagesspiegel.de/politik/gastbeitrag-von-vera-lengfeld-worum-es-uns-bei-der-erklaerung-2018-geht/21160780.html>. Zugegriffen: 21. Juli 2018.
- Lewandowsky, Marcel, Heiko Giebler, und Aiko Wagner. 2016. Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. *PVS Politische Vierteljahresschrift* 57:247–275.
- McLaren, Lauren M. 2003. Anti-immigrant prejudice in Europe: Contact, threat perception, and preferences for the exclusion of migrants. *Social Forces* 81:909–936.
- O’Connell, Michael. 2011. How do high-skilled natives view high-skilled immigrants? A test of trade theory predictions. *European Journal of Political Economy* 27:230–240.
- Parlamentarischer Untersuchungsausschuss. 2017. *Schlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV (Drucksache 16/14450)*. Düsseldorf: Landtag Nordrhein-Westfalen (16. Wahlperiode).

- Pew Research Center, Hrsg. 2017. *Europe's growing muslim population. Muslims are projected to increase as a share of Europe's population – Even with no future migration.* Lipka, Michael, und Aleksandra Sandstrom. Washington, DC: Pew Research Center.
- Röder, Antje, und Peter Mühlau. 2014. Are they acculturating? Europe's immigrants and gender egalitarianism. *Social Forces* 92:899–928.
- Schneider, Gerald. 2018. 28. April: Markus Söder exklusiv über Kreuzifix-Streit und seine Vision. <https://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.az-interview-markus-soeder-exklusiv-ueber-kruzifix-streit-und-seine-visionen.88462d15-dba7-43df-b813-82fd997d707f.html>. Zugegriffen: 21. Juli 2018.
- Tutić, Andreas, und Hagen Von Hermanni. 2018. Sozioökonomischer Status, Deprivation und die Affinität zur AfD – Eine Forschungsnotiz. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70:275–294.
- UNHCR. 2017. *Statistical Yearbook 2015*. Genf: UNHCR.
- Wasmer, Martina, Michael Blohm, Jessica G. Walter, Regina Jutz, und Evi Scholz. 2017. Konzeption und Durchführung der “Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften” (ALLBUS) 2014. *GESIS Papers 2017/2020*. Köln: GESIS.
- Zeit Online. 2016. 24. August: Polizei geht gegen Burkini-Trägerinnen vor. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-08/frankreich-burkiniverbot-polizei-strandnizza>. Zugegriffen: 21. Juli 2018.